

Frank Bettinger (Bremen / Hamburg)

Plädoyer für eine selbstbestimmte, kritische und politische Soziale Arbeit

B-UmF-Tagung, 17. Mai 2016

Einleitung

Angesichts der narkotisierenden Schleier, die – ausgehend von den hegemonialen, neoliberalen/neo-sozialen Diskursen und im Zusammenwirken mit kulturindustriellen Berieselungen – ihre Wirkung in den Köpfen der Subjekte längst erreicht zu haben scheinen...

... ist eine sich kritisch verstehende bzw. eine selbstbestimmte Soziale Arbeit aufgefordert, sich nicht kampflös zu ergeben, sondern die Begrenzungen und subtilen Unterdrückungsmechanismen zu erkennen, zu kritisieren und gegebenenfalls zu zerstören, die dazu beitragen (sollen), gesellschaftliche Herrschaftsverhältnisse zu verinnerlichen.

Als Sozialarbeiterinnen und Sozialpädagogen sind wir nur dann selbstbestimmter handlungsfähig, wenn wir uns – so hat es Armin Bernhard formuliert - die Strukturen unserer gesellschaftlichen Wirklichkeit erschließen können, wenn wir also begreifen, auf welchen Strukturen, Prinzipien und Mechanismen die gesellschaftlichen Verhältnisse aufbauen, und auf welche Weise unsere Entwicklung und unser Handeln in diese soziale Wirklichkeit grundlegend verstrickt sind.

So gilt es gerade für Soziale Arbeit sich zu aller erst für die gesellschaftlichen Bedingungen und Widersprüche sowie die dominierenden Wissensbestände zu interessieren, die menschlicher Existenz und menschlichem Leiden, aber auch sozialpädagogischer Praxis zugrunde liegen, und sie hat diese zum Gegenstand der Analyse, Kritik und Veränderung zu machen.

Diese Überlegungen zu Grunde gelegt, plädiere ich für eine selbstbestimmtere, reflexive, kritische und politische Soziale Arbeit.

Gemeint ist damit

- eine Soziale Arbeit, die grundsätzlich in der Lage ist Bezug zu nehmen auf ein eigenes fachliches, wissenschaftliches und politisches Selbstverständnis,
- eine Soziale Arbeit, die ihre Praxis theoretisch begründen kann,
- eine Soziale Arbeit, die sich auf einen selbstbestimmten Gegenstand beziehen kann,
- eine Soziale Arbeit, die ihre Funktionen und Aufgaben autonom bestimmt,
- eine Soziale Arbeit, die grundsätzlich die Perspektiven, die Bedürfnisse und Willen der Subjekte mit einbezieht und diese als handlungsfähige Akteure anerkennt,
- eine Soziale Arbeit, die sich von Aufgaben- und Funktionszuweisungen durch Staat und Politik emanzipiert,

- eine Soziale Arbeit, die sich nicht den Erzählungen und Wirklichkeitskonstruktionen entscheidungsmächtiger Akteure beugt,
 1. die uns weismachen wollen, dass die Auswüchse eines neoliberalen Kapitalismus alternativlos sind,
 2. die uns weismachen wollen, dass jeder seines Glückes Schmid ist,
 3. die uns weismachen wollen, dass Leistungswille, Konkurrenzfähigkeit, Flexibilität, Mobilität, Selbstsorge und Untertanentum DIE Maximen sind, an denen wir uns zu orientieren haben,
 4. die uns weis machen wollen, dass die Gruppen, die „der Gesellschaft“ am meisten Probleme bereiten, aktivierungsresistente Arbeitslose, renitente Armutsbetroffene und natürlich „Kriminelle“ und „Gewalttäter“ – aktuell: kriminelle unbegleitete minderjährige Flüchtlinge - sind – aber selbstverständlich nicht diejenigen, die für soziale Ungleichheit, Unterdrückung, Ausbeutung und Leid Verantwortung tragen.

Gerade das Thema „Kriminalität“, insbesondere Kriminalität junger Menschen, ausländischer Menschen, zunehmend aber auch „abweichende Verhaltensweisen“ benachteiligter, armer und arbeitsloser Menschen hat seit Jahren in den politischen und medialen Diskursen und an den Stammtischen Konjunktur.

Keineswegs nur in Wahlkampfzeiten wird eine bedrohliche Zunahme von Kriminalität und Gewalt unterstellt. Zugleich werden Forderungen nach Ausweitung und Verschärfung strafrechtlicher Maßnahmen formuliert.

Aber nicht nur das: Zudem wird regelmäßig der Einbezug Sozialer Arbeit in die Bearbeitung oder Bekämpfung von Kriminalität gefordert.

Wie aber lassen sich staatlich-politische Deutungen und Vorgaben im Kontext von „Kriminalität“ interpretieren bzw. wie lässt sich mit ihnen umgehen?

Eine oberflächliche Form der Deutung bzw. des Umgangs mit staatlich-politischen Problemanzeigen („Kriminalität“) sowie mit (kriminal)politischen Vorgaben bezüglich ihrer Bearbeitung wäre wohl die Übernahme bzw. Unterordnung unter solch diskursiv produziertes und in der Folge institutionalisiertes Deutungs- und Handlungswissen.

M. a. W.: das diskutierte „soziale Problem“ würde als gegeben angenommen werden, und folglich würden alle gesellschaftlichen Kräfte - auch die Soziale Arbeit - in den Kampf gegen die identifizierten gefährlichen Gruppen ziehen müssen.

Dies kann für Sozialarbeiterinnen und Sozialpädagogen eine verlockende Option sein, denn so werden sie nicht nur mit „abweichender“ und entsprechend sozialpädagogisch-erzieherisch zu bearbeitender Klientel versorgt ...

... sondern ihnen werden auch noch staatlich-politisch produzierte und legitimierte Deutungs- und Problemlösungsmuster zur Verfügung gestellt, inklusive einer anscheinend viel versprechenden Infrastruktur (Institutionen, Gesetze, Konzepte, Erziehungsprogramme und geschlossene Jugendhilfeeinrichtungen).

Und nicht zuletzt geht damit die Möglichkeit einher – im Bemühen um gesellschaftliche Anerkennung – sich als zuverlässige staatliche Ordnungsinstanz zu profilieren.

Im Folgenden wird eine andere Deutung versucht, - auch verstanden als Aufforderung an die Kolleginnen und Kollegen in der Sozialen Arbeit, sich den Wirklichkeitskonstruktionen und Deutungsvorgaben aus Politik und Medien nicht unreflektiert unterzuordnen.

Vorauszusetzen ist dabei folgendes:

Die reflexive Auseinandersetzung mit „Kriminalität“ ist – entgegen der regelmäßig in Politik, Sozialer Arbeit und an Stammtischen unterstellten Annahme - eine sehr voraussetzungsvolle.

Die Auseinandersetzung mit „Kriminalität“ wird nur unzureichend und oberflächlich gelingen, wenn nicht Staat, Politik und insbesondere Kriminal- und Ordnungspolitik in den Blick genommen werden, und in der Folge auch Prozesse

der Gesetzgebung,

der Normanwendung,

der Selektion,

der Kriminalisierung und

der Stigmatisierung.

„Kriminalität“ zu thematisieren, bedeutet zugleich eine Beschäftigung mit Gesellschaft, mit Interessen, Macht und Herrschaft.

Denn insbesondere in Folge der Dominanz neoliberaler Ideologie und in der Konsequenz neoliberaler Ausschließungsregime (Heinz Steinert) besteht die Gefahr, dass politisch-mediale Inszenierungen von Unsicherheitslagen bzw. von „Kriminalität“ als „soziales Problem“

zum Einfallstor für (ordnungspolitische) Manöver und Strategien der Ausschließung ökonomisch nicht mehr benötigter Bevölkerungsteile werden.

Und gesellschaftliche Institutionen – wie die Soziale Arbeit – laufen hierbei Gefahr, zur notwendigen herrschaftlichen Herstellung und Sicherung von Ordnung instrumentalisiert zu werden.

Institutionen und gesellschaftliche Verhältnisse hingegen, die für die Verteilung von Lebenschancen und Teilhabechancen verantwortlich sind, werden für unveränderlich – oder mit den Worten Frau Merckels: für alternativlos gehalten.

Diese Vorstellung von gesellschaftlichen Verhältnissen als naturgegeben oder gottgegeben, gehen einher mit einer Vorstellung von sozialen Problemen, die diese Probleme als Folge individueller Fehlanpassung definiert:

- Nicht Kriminalisierung interessiert, sondern der zu bearbeitende Kriminelle.
- Nicht Arbeitslosigkeit als strukturelles Problem interessiert, sondern der zu aktivierende Arbeitslose;

- Nicht Armut als Folge sozialer Ungleichheitsverhältnisse interessiert, sondern die eigenverantwortlichen Armen, die dem Wettbewerb in einer freien Marktgesellschaft nicht gewachsen zu sein scheinen.

So gesehen sind Soziale Probleme keine neutralen oder objektiven Beschreibungen problematischer Sachverhalte oder Personen, sondern interessengeleitete und von Moral durchzogene Konstrukte, an deren Produktion Soziale Arbeit in der Weise beteiligt ist, in dem sie diese als ihren Gegenstand bearbeitet.

Diesen Überlegungen folgend ist davon auszugehen, dass Sozialarbeiterinnen und Sozialpädagogen regelmäßig solche Deutungsvorgaben und Handlungsmuster zu Grunde legen,

- die von Staat, Politik und Bürokratie produziert werden,
- die verbindliche Deutungen von „sozialen Problemen“, von „Abweichung“, „Kriminalität“ und deren Ursachen anbieten sowie
- daraus resultierende Ziele und Aufgaben für sozialarbeiterisches und sozialpädagogisches Handeln formulieren.

Aus einer kritisch-reflexiven Perspektive, die gerade auch für Soziale Arbeit von Bedeutung sein sollte, sollten konsequenterweise nicht

vorgegebene „soziale Probleme“ bzw. Kriminalität als soziales Problem interessieren.

In das Zentrum des Interesses muss vielmehr die „Politik sozialer Probleme“ als ein Prozess rücken, in dem gesellschaftliche Akteurinnen und Institutionen versuchen, ihre Problemdefinitionen durchzusetzen und u.a. eben auch Soziale Arbeit darauf zu verpflichten.

Dies zu berücksichtigen ist wichtig insbesondere in diesen Zeiten eines diagnostizierten gesellschaftlicher Strukturwandels, hin zu einem neoliberalen Gesellschaftstypus mit seinen Maximen der Konkurrenz, Effizienz, Eigenverantwortlichkeit und Selbstdisziplin, einhergehend mit der Diskreditierung des Sozialstaates bzw. des Abbaus wohlfahrtsstaatlicher Errungenschaften.

So entwickelte sich ein neuer Typus von Gesellschaft, der sich durch ein neues Maß und eine neue Qualität an Ungleichheitsverhältnissen und Ausschließungsprozessen auszeichnet.

Bezogen auf Deutschland hat zuletzt der Paritätische Wohlfahrtsverband in einem Gutachten zur sozialen Lage die dramatischen Folgen dieser Entwicklung zusammengefasst:

- Festzustellen ist in Deutschland eine zunehmende soziale Spaltung.
- Armut hat sich verfestigt und ist in den vergangenen Jahren kontinuierlich angewachsen.
- Eine große wachsende Zahl von Menschen ist von der Wohlstandsentwicklung abgekoppelt.
- Arbeitslosigkeit – insbesondere auch Langzeitarbeitslosigkeit – stagniert auf hohem Niveau.
- Prekäre, unsichere Arbeitsverhältnisse, geringfügige Beschäftigungsverhältnisse, Leiharbeit nehmen beträchtlich zu.
- Gesellschaftliche Teilhabe wird für immer mehr Menschen immer weniger möglich.
- Sozialstaatliche Leistungen werden zurückgenommen. Soziale Risiken werden privatisiert.
- Zugleich nehmen die Vermögensungleichheit und die Einkommensungleichheit stark zu.

Ausschließungs- und Ausgrenzungsprozesse rücken in diesem neuen Typus von Gesellschaft in den Vordergrund:

So zeigen „die Erzeugung einer **überschüssigen Bevölkerung**, offen gewalttätig ausgetragene Konflikte um Zugehörigkeit sowie Feindbild-Kampagnen gegen Fremde, Arme, Abweichende, dass 'Vergesellschaftung' eine veränderte Bedeutung erhalten hat“ (Cremer-Schäfer/Steinert).

Wacquant hat diese Entwicklung frühzeitig für die USA konstatiert, jedoch gilt sie mittlerweile für die meisten europäischen Staaten, in denen sich ein „liberal-paternalistisches System“ etablieren konnte:

„Die 'unsichtbare Hand' des Marktes für unsichere Arbeitsverhältnisse findet ihre institutionelle Entsprechung in der „eisernen Hand“ des Staates, der bereitsteht, die Unruhen, die aus der zunehmenden Verbreitung sozialer Unsicherheit resultieren, unter Kontrolle zu halten...

(...) Wobei das wachsende Interesse, die öffentliche Ordnung aufrechtzuerhalten und mehr und mehr Mittel dafür bereitzustellen, wie gerufen (kommt), um das Legitimationsdefizit auszugleichen, unter dem die politisch Verantwortlichen leiden, weil der Staat seinen Aufgaben im Bereich der Wirtschaft und der Sozialpolitik nicht mehr nachkommt“ (Wacquant).

Diese Verlagerung in Richtung Ordnung, Kriminalisierung und Strafe beginnt mit und wird deutlich in den Dramatisierungsdiskursen über die vermeintliche Zunahme von (Jugend-)Gewalt, über (Jugend-/Ausländer-)Kriminalität oder über „gefährliche Klassen“, die sich aus den Populationen der Armen, Arbeitslosen und Bildungsbenachteiligten rekrutieren.

Es handelt sich dabei um Diskurse, die nicht nur aus kurzfristigen, perfiden wahltaktischen Überlegungen resultieren, sondern als Teil bzw. Konsequenz neoliberaler Ideologie interpretiert werden können, mit dem Ziel der Diffamierung, Kriminalisierung und Ausschließung „überflüssiger“ Bevölkerungsteile.

Als eine besondere Strategie kommt Kriminalisierungsprozessen eine nicht unerhebliche Bedeutung zu.

Kriminalisierung ist dabei als ein komplexer Prozess zu begreifen, in dem nicht nur die Kategorie Kriminalität konstruiert und als Deutungsschablone auf soziale Konflikte und problematische Situationen angelegt wird ...

... sondern der darüber hinaus und zunehmend in einem Zusammenhang zu sehen ist mit der sprachlich-diskursiven Produktion kriminologisch-kriminalpolitischer Kategorien („Ausländerkriminalität“, „Jugendgewalt“, „Jugendkriminalität“).

Diese verdinglichenden Kategorien erweisen sich dann als funktional im Hinblick auf die Ausschließung spezifischer, als besonders gefährlich oder problematisch bezeichneter Gruppen der Gesellschaft.

Ebenso ermöglichen sie die Transformation von (eher abstrakter) Angst und Unsicherheit vor den dramatischen Folgen eines neoliberalen Kapitalismus in eine (eher konkrete) Angst vor vermeintlich eindeutig identifizier- und benennbaren Personen und Gruppen, die es in einer gemeinsamen Kraftanstrengung zu kontrollieren, zu disziplinieren, zu bekämpfen oder auch sozialpädagogisch zu beglücken gilt.

So bietet sich den Entscheidungsträgern in Staat, Politik und Verwaltung die (diskursiv selbst geschaffene) Option, bezogen auf gesellschaftliche, kommunale Unsicherheitslagen zu reagieren und somit Handlungsbereitschaft und -fähigkeit zu signalisieren, die in anderen Politikbereichen kaum noch festzustellen ist.

In den Fokus sozial- und kriminalpolitischer, aber auch medialer Aufmerksamkeit geraten nicht die Folgen der unerträglichen Ungleichheitsverhältnisse bzw. der Ausschließungs- und Ausgrenzungsprozesse (nämlich Arbeitslosigkeit, Armut, Unsicherheit, Leid) ...

... sondern vielmehr vermeintlich gefährdete oder gefährliche Populationen, die es in einer gemeinsamen Kraftanstrengung präventiv, sozialpädagogisch oder strafrechtlich zu kontrollieren, zu disziplinieren, zu erziehen und/oder zu sanktionieren gilt.

Hierbei handelt es sich regelmäßig um Gruppen, die aufgrund ihres Alters (Jugendliche), ihrer Herkunft („Migranten“) oder ihres sozialen Status (Arme, Arbeitslose) als gefährdet gelten oder zu einer Gefahr für die Gesellschaft werden könnten.

Entsprechend lassen sich Diskussionen um gesellschaftliche Unsicherheit oder Jugendkriminalität oder Kriminalität unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge einordnen, wie sie seit geraumer Zeit auch in Bremen zu konstatieren sind.

Diskussionen in Politik und Medien, die nicht nur dazu geeignet sind, soziale Gruppen mit bestimmten Merkmalen pauschal zu diskreditieren und dabei Unsicherheitsgefühle in der Bevölkerung herauf zu beschwören, sondern einhergehen mit Forderungen nach hartem Durchgreifen und der Wiedereinführung von geschlossenen Jugendhilfeeinrichtungen.

Wohlgemerkt: Geschlossene Einrichtungen, die ausschließlich für junge unbegleitete Flüchtlinge vorgesehen sind!

Dass es aus fachlicher – und das heißt: sozialpädagogischer – Perspektive viele Gründe gibt, sich gegen Geschlossene Unterbringung auszusprechen, davon zeugen zahlreiche fachwissenschaftliche Veröffentlichungen und Stellungnahmen der vergangenen Monate.

Stellungnahmen von Fachleuten und Fachverbänden, die allerdings keine Chance hatten oder haben, von den entscheidungsmächtigen Akteuren in Staat und Politik berücksichtigt zu werden.

Sicherlich ist dieser Sachverhalt nicht überraschend. Aber es ist skandalös und aus fachlicher Perspektive bedauernswert, dass einmal mehr die Arroganz und Borniertheit der Mächtigen sich durchzusetzen scheint, ohne Rücksicht auf Verluste und ohne Rücksicht auf das Ansehen der Bremer Kinder- und Jugendhilfe.

Als Bürger und als Sozialpädagoge kann ich mich in Anbetracht der Bremer Diskussion um Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge und Geschlossene Unterbringung – insbesondere im politischen Diskurs VOR der Bremer Landtagswahl im vergangenen Jahr – nur schämen.

Und das bezieht sich vor allem auf die – von fachfremden Befürwortern der Geschlossenen Unterbringung – geführte Diskussion, die auch in der Bremischen Bürgerschaft (dem Bremer Landtag) – zu verfolgen war.

Und um gleich zu Beginn etwas klar zu stellen: Ich selber war auch – vor Beginn meiner Tätigkeit als Hochschullehrer – 5 Jahre als Sozialpädagoge in Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit in Bremen tätig.

Und auch wir waren zuweilen konfrontiert mit Gewalthandlungen junger Menschen, die meinten Konflikte mit Gewalt lösen zu müssen oder sich über Gewalthandlungen Respekt oder materielle Vorteile verschaffen zu können.

Gewalt, die die SozialpädagogInnen in unserem Team sehr herausforderte und beschäftigte. Gewalt, die rigoros abzulehnen war und ist; übrigens genauso wie Gewaltformen in anderen Zusammenhängen beispielsweise im Kontext häuslicher Gewalt oder struktureller Gewalt oder Gewalt gegenüber Schutzbefohlenen; Gewaltformen, denen allerdings in Politik und Medien nicht allzu viel Aufmerksamkeit zu Teil wird.

Als Sozialpädagoginnen, die wir im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe tätig sind und die wir akademisch ausgebildet wurden, und zwar im Bemühen, unsere Tätigkeit, also unser sozialpädagogisches Handeln unter Zugrundelegung eines SOZIALPÄDAGOGISCHEN Selbstverständnisses zu realisieren, galt auch unser damaliges Interesse NICHT der Bearbeitung oder Verhinderung von Kriminalität.

Und selbstverständlich galt unser fachliches Interesse auch nicht der Sanktionierung junger Menschen in Folge eines zu beanstandenden Verhaltens. Erst recht nicht im Rahmen von Programmen der Aussonderung oder des Wegsperrens.

Vielmehr gilt und galt es, NICHT generalisierend pädagogisch oder auch institutionell mit jungen Menschen nach dem Motto umzugehen: Kennst Du den einen Menschen mit einem bestimmten Merkmal oder einer Eigenschaft (Hautfarbe, körperliche Verfasstheit, Geschlecht, Nationalität, Flüchtling, Religionszugehörigkeit), dann kennst Du alle.

Fachliche Selbstverständlichkeit ist oder sollte sein, dass wir es als Sozialarbeiterinnen, Pädagoginnen und Sozialpädagoginnen mit je individuellen Subjekten zu tun haben, die handlungsfähig sind, deutungsmächtig sind und sinnhaft handeln können.

Und die sich aus einer solchen Auffassung ergebenden sozialpädagogischen Maximen der Subjekt- und Lebensweltorientierung fordern die sozialpädagogischen Fachkräfte dazu auf – im Umgang mit jedem Menschen – die Lebenswelt und Lebenslage jedes einzelnen Menschen in den Blick zu nehmen, um zu eruieren, ob es unterstützender Angebote bedarf oder nicht, und wenn ja, gegebenenfalls welcher.

Das bezieht sich ausdrücklich und insbesondere übrigens auch auf die „Hilfen zur Erziehung“, für die zu gelten hat, dass „Art und Umfang der Hilfe sich nach dem erzieherischen Bedarf im Einzelfall“ zu richten habe.

Und das wiederum hat unter Einbezug und Mitwirkung des jeweiligen Kindes oder Jugendlichen zu geschehen.

Auf den Punkt gebracht: sozialpädagogisches Handeln im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe orientiert sich immer an:

- Konzepten. In diesen Konzepten werden die Bedingungen, Ziele, methodische Vorgehensweisen und institutionellen settings formuliert und zugleich die Indikatoren benannt, anhand deren überprüft werden kann, ob die formulierten Ziele auch tatsächlich erreicht worden sind.

- Ziele sozialpädagogischen Handelns resultieren nicht aus populistischen oder ideologischen Vorgaben politischer Entscheidungsträger und auch nicht aus den Parolen des Publikums an den Stammtischen, sondern aus
- Einem pädagogischen/Sozialpädagogischen Selbstverständnis, und das heißt
- 1.) aus konkret benennbaren wissenschaftlich-theoretischen Überlegungen,
- 2.) der Bezugnahme auf normativ-rechtliche Begründungen, beispielsweise des KJHG, und
- 3.) zwingend unter Mitwirkung und Berücksichtigung der Wünsche, Bedürfnisse, Interessen und des Willens der jeweiligen Kinder oder Jugendlichen.

Und auch wenn dies alles berücksichtigt wird, ist in pädagogischen Prozessen immer in Rechnung zu stellen, dass Erziehung – dass pädagogische Prozesse – immer mit Kontingenz und Unsicherheit konfrontiert sind.

D. h. eindeutige Resultate von Pädagogik sind niemals zu erwarten. Denn wir haben es in pädagogischen Prozessen und settings immer mit Subjekten zu tun, die sinnhaft und widerständig denken und handeln können;

Und auf deren Kooperationsbereitschaft und Kooperationsfähigkeit wir als Pädagoginnen immer angewiesen sind.

Ich kann mir vorstellen, dass ein solcher Hinweis auf die Komplexität pädagogischer Prozesse und auf die Bedeutung von sozialpädagogischer Professionalität für diejenigen politischen Entscheidungsträger, die NICHT pädagogisch/sozialpädagogisch ausgebildet sind...

...aber sich dennoch in der Diskussion um minderjährige Flüchtlinge berufen fühlen, vorschnell Forderungen nach resolutem sozialpädagogischen Eingreifen zu artikulieren, einigermaßen irritiert oder sogar überfordert sein dürften...

... wenn sie erfahren, dass das Verhältnis von Gesellschaft und Subjekt und ebenso pädagogische Prozesse und deren Begründungen sich nicht ganz so einfach darstellen und realisieren lassen, wie beispielsweise das Verhältnis von Menschen im Bemühen um Domestizierung oder Konditionierung eines Hundes.

Dies formuliere ich nicht zuletzt mit Blick auf die Diskussion um Geschlossene Einrichtungen für Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge, wie sie vor der Bremer Landtagswahl...

... insbesondere in der Aktuellen Stunde in der Bremischen Bürgerschaft stattgefunden hat, und zwar zum – von der CDU-Fraktion eingebrachten - Thema „Sicherheit geht vor – geschlossene Einrichtungen für kriminelle minderjährige Flüchtlinge sofort schaffen“. Es handelte sich um die 45. Sitzung am 17. Februar 2015.

Ich möchte vorweg schicken, dass es mir weniger darum geht, die Aussagen bestimmter Parteien oder Personen zuzuordnen, als mich vielmehr mit den Inhalten auseinanderzusetzen, deren Niveau allerdings – so scheint es mir – in der Weise abnahm, je vehementer für Geschlossene Unterbringung votiert wurde.

Es handelt sich hierbei nicht um eine fundierte Analyse der gesamten Plenardebatte. Vielmehr habe ich selektiv einige wenige Aussagen von PolitikerInnen herausgesucht, die möglicherweise dazu geeignet sind, die Absurdität der Debatte um minderjährige Flüchtlinge und Geschlossene Unterbringung zu veranschaulichen.

Als besonders unappetitlich und fragwürdig ist mir dabei ein Redebeitrag aufgestoßen, in dem tatverdächtigen minderjährigen Flüchtlingen der „Flüchtlings-Status“ abgesprochen wird:

„Ich sage an dieser Stelle ganz bewusst (...) nicht Flüchtlinge, um zu vermeiden, dass diese Gruppe von Menschen, die nicht aus Gründen politischer Verfolgung oder aus Not und Elend, sondern gezielt nach Bremen gekommen sind, um hier Straftaten zu verüben, mit den Flüchtlingen verwechselt wird, die unsere humanitäre Hilfe verdienen“ (...)

„Diese Personengruppe, über die wir reden (...) suchen sich Deutschland und insbesondere Bremen gezielt aus, weil die Bedingungen hier, ihrer Kriminalität nachzugehen, besonders optimal sind.“

Hier wird – ohne eines empirischen Nachweises – eine Behauptung bzw. ein Zusammenhang formuliert und zugleich eine „Gruppe von Menschen“ diskreditiert und diffamiert.

Die Logik lautet: wer „kriminell“ ist, kann kein Flüchtling sein. Wer „kriminell“ ist, verdient unsere humanitäre Hilfe nicht. – Und die Konsequenz einer solchen perfiden „Argumentation“ kann dann selbstverständlich nur sein: Wegsperrern.

Wozu solche infamen Unterstellungen geeignet sind, vermag ich mir nicht erst vorzustellen, seitdem ich mir Beiträge in Internetforen durchgelesen habe, in denen über kriminalisierte unbegleitete minderjährige Flüchtlinge auf das übelste hergezogen wurde, verbunden mit Straf-Forderungen, die über die hier diskutierten weit hinausgehen.

Bei der Durchsicht des Plenar-Protokolls war es nicht weiter überraschend auch mehrere Redebeiträge zu lesen, in denen auf das Sicherheitsgefühl „der“ Menschen in Bremen abgestellt wurde.

„Wir müssen die Menschen in Bremen in ihrem subjektiven und objektiven Sicherheitsgefühl ernst nehmen.“ (Güldner)

Beim Lesen dieser Passage erinnerte ich mich sogleich daran, dass sie in Zeiten des Landtags-Wahlkampfes zustande kam, und Politik ja möglicherweise dazu tendiert, sich gerade in diesen Zeiten den Nöten des Wahlvolks zu widmen, zumindest rhetorisch.

Als Deutungsfolie können wir uns aber auch den Überlegungen des bereits erwähnten französischen Soziologen Wacquant anschließen. Er weist nämlich auf die Bedeutung politischer Diskurse hin, in denen sozusagen dem Wahlvolk erst mitgeteilt wird, über was für „Probleme“ es sich Gedanken machen soll:

„Die erste Front ist die Ebene der Worte und Diskurse. Hier muss man die semantischen Tendenzen bremsen, die den Raum für Debatten schrumpfen lassen, zum Beispiel indem der Begriff Unsicherheit auf physische oder kriminelle Unsicherheit begrenzt und über soziale und wirtschaftliche Unsicherheit nicht gesprochen wird“.

Und in der Tat darf gefragt werden, warum – in Anbetracht des gewaltigen Ausmaßes an Armutsbetroffenheit, Arbeitslosigkeit, Unsicherheit und Leid – diejenigen PolitikerInnen, die mit Vehemenz für Innere Sicherheit eintreten, jedes Engagement vermissen lassen, wenn es um die Soziale Sicherheit geht.

Zentrales mediales und politisches Interesse genießen eine Handvoll mehrfach auffälliger, unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge; hingegen spielt die Tatsache, dass in Bremen jeder Vierte Einwohner und sogar jedes dritte Kind in Armut lebt, und dass in keinem anderen Bundesland die soziale Ungleichheit so groß ist wie hier – wenn überhaupt - medial und politisch nur eine untergeordnete Rolle.

Stattdessen werden wir im Parlament konfrontiert mit Stellungnahmen, die nicht nur die eigentlichen – rechtswidrigen - Intentionen geschlossener Jugendhilfeeinrichtungen unverblümt zum Ausdruck bringen, sondern darüber hinaus dazu geeignet sind, die Kinder- und Jugendhilfe zu diskreditieren.

„Ich halte es für unverantwortlich, das Thema solange zu schieben mit der Begründung, wir bräuchten noch einen Träger, dass wir vielleicht weitere Hunderte von Straftaten erleben, bevor es zu einem solchen **Sanktionsmechanismus** kommt.“ (...) „Ohne die Androhung

und Durchführung von freiheitsentziehenden Maßnahmen können sie noch so bunte Einrichtungen schaffen; es wird Ihnen nicht gelingen den staatlichen Erziehungsauftrag tatsächlich wahrzunehmen.“
(...) „Gegen zunehmende schwere Straftaten (...) helfen keine Runden Tische mehr. Unser Jugendhilfesystem hat bei diesen Jugendlichen versagt.“

Deutlicher kann nicht eingestanden werden, worum es – diesem Redner und dessen Partei – geht: um die Schaffung eines „Sanktionsmechanismus“ im Feld der Kinder- und Jugendhilfe.

Ein Sanktionsmechanismus, der dazu geeignet ist, auch diejenigen jungen Menschen – die übrigens zunächst nur als Tatverdächtige zu gelten haben – und die zunächst nicht über das Jugendstrafrecht „bedient“ werden können, in Form Geschlossener Unterbringung doch noch zu bestrafen.

Mehr als ärgerlich ist zudem, wenn öffentlich unterstellt wird, „Unser Jugendhilfesystem hat bei diesen Jugendlichen versagt“. In aller Deutlichkeit: Unwissenheit entschuldigt eine solche infame Unterstellung nicht. Auch nicht in Zeiten des Wahlkampfes.

Ich habe bereits – etwas oberflächlich zwar – darauf hingewiesen,

- wie umfassend und anspruchsvoll sozialpädagogische Praxis ist.

- Welche zahlreichen Aspekte es zu berücksichtigen gilt im Kontext pädagogischer Interaktionen.
- Wie sehr der Ausgang pädagogischen Handelns oder sozialpädagogischer Intervention ungewiss bleiben muss und entsprechend niemals sicher prognostizierbar ist.
- Wie wichtig die Kooperationsbereitschaft und Kooperationsfähigkeit der Menschen ist, mit denen wir in sozialpädagogischen Kontexten zusammen (!) arbeiten.
- Dass PädagogInnen junge Menschen immer auch im Kontext ihrer Lebenswelten, ihrer Lebenslagen sehen müssen.
- Dass neben der direkten pädagogischen Interaktion mit dem Individuum immer auch die Gestaltung des Sozialen und die Verbesserung der Lebensbedingungen handlungsleitend sein müssen.

Und dieses Verständnis von sozialpädagogischer Professionalität, dem sich sicherlich die meisten KollegInnen aus dem Bereich der Kinder- und Jugendhilfe verpflichtet fühlen, trifft gerade auch in Bremen auf Rahmen-Bedingungen, die alles andere als dazu geeignet sind, die Realisierung eines solchen Verständnisses von Professionalität zu ermöglichen:

- So wird In kaum einem Bereich der Kinder- und Jugendhilfe nicht über enorme Arbeitsbelastung geklagt.

- So lässt sich in Anbetracht der dürftigen Entlohnungen bei vielen Arbeitsverhältnissen wohl eher von Ausbeutungsverhältnissen sprechen.
- So vermag in Ermangelung von kontinuierlich stattfindenden Jugendhilfeplanungsprozessen niemand konkrete Bedarfe anzugeben, an denen sich die Ausgestaltung der Kinder- und Jugendhilfe orientieren könnte.
- So haben es die jeweiligen Landesregierungen seit vielen Legislaturperioden trotz gesetzlicher Verpflichtung nicht für notwendig erachtet, einen Kinder- und Jugendbericht zu erstellen, der nicht nur detailliert die Lebenslagen von jungen Menschen und ihren Familien zu beschreiben hätte, sondern zudem als Grundlage der fachlichen Weiterentwicklung der Kinder- und Jugendhilfe in Bremen zu verstehen wäre.

Das sind die Bedingungen sozialpädagogischer Praxis in der Kinder- und Jugendhilfe. In Anbetracht der beschriebenen Komplexität sozialpädagogischer Prozesse und der Rahmen- und Arbeitsbedingungen in der Kinder- und Jugendhilfe öffentlich in einer Plenar-Sitzung der Bremischen Bürgerschaft zu unterstellen...

... „das Jugendhilfesystem habe versagt“, ist aus fachlicher Perspektive nicht nur unzulässig und zeugt von mangelndem Sachverstand. Es ist darüber hinaus – mal ganz unwissenschaftlich formuliert – eine bodenlose Frechheit, denn:

1. hier werden alle KollegInnen aus der Kinder- und Jugendhilfe pauschal diskreditiert.
2. Und: Die Aufgabe der MitarbeiterInnen in der Kinder- und Jugendhilfe ist nicht Kriminalitätsbekämpfung!

Nicht weniger ärgerlich sind Versuche, die Fachleute aus Pädagogik und Soziale Arbeit quasi mit dafür verantwortlich zu machen, dass die Errichtung einer Geschlossenen Einrichtung quasi ohne Alternative ist.

„Einige haben gesagt: Nein, eine geschlossene Einrichtung brauchen wir nicht, das wäre Unfug, das wäre pädagogisch nicht richtig. Dann aber bitte Vorschläge, was die Alternative zu (...) zu intensiv-pädagogischem Betreuen mit freiheitsentziehenden Maßnahmen wäre. Da höre ich immer ganz wenig, auch aus der Fachecke der Pädagogen.“

Diese verquere Argumentation macht meines Erachtens deutlich, wo die Schwierigkeit der Befürworter einer Geschlossenen Einrichtung liegt: Sie haben keine fachlichen Argumente, die für eine Geschlossene Unterbringung sprechen würden.

Stattdessen wird der Stab an die Gegner – zumeist pädagogische Fachleute – weitergegeben, mit der Aufforderung ihrerseits Alternativen zu Geschlossener Unterbringung zu benennen.

Aber damit machen es sich die Verfechter Geschlossener Unterbringung zu leicht. Denn in der gesamten Diskussion wird deutlich, dass das einzige, was von Beginn an feststand, die Tatsache war, dass es ein Gebäude geben soll, in dem Geschlossene Unterbringung realisiert werden soll.

Darüber hinaus gab es – außer der Absicht, junge Flüchtlinge wegschließen zu wollen – keinen Träger, kein Konzept und m. E. nur ein Paar Begriffe, in denen die Vokabel „intensiv“ vorkam, ohne eine Ahnung zu haben, was damit aus fachlicher Perspektive eigentlich gemeint sein könnte.

So zeigt sich, wie unzureichend und gefährlich eine Strategie ist, die zunächst ohne Sachverstand institutionelle Fakten schafft, und erst danach versucht dafür eine anscheinend plausible Erklärung zu liefern.

Soviel zur politischen Diskussion über „auffällige“ junge Flüchtlinge in Bremen. Sie ist meines Erachtens beispielhaft für das Phänomen der „Politik sozialer Probleme“ und macht deutlich, wie wichtig es ist, der Deutungshoheit von Politik, Medien und Stammtischen etwas entgegen zu setzen.

Zwar ist zu bedenken:

Soziale Arbeit war in ihrem Handeln von Beginn an orientiert an ihr staatlich-politisch vorgegebenen Ordnungsmodellen, an Vorstellungen von „Normalität“, „Abweichung“.

Es war und ist also zu aller erst der Staat, dessen normativ-rechtlicher Rahmen den Handlungsspielraum Sozialer Arbeit begrenzt;

Aber:

- es ist die Soziale Arbeit, die sich regelmäßig den staatlichen Begrenzungen, den Definitionen von „sozialen Problemen“ oder „Problemgruppen“ unreflektiert fügt.
- Und es ist die Soziale Arbeit, die regelmäßig sozio-ökonomische Entwicklungen ebenso wenig in den Blick nimmt, wie zunehmende soziale Ungleichheit oder Prozesse sozialer Ausschließung und Ausgrenzung.

Somit ist Soziale Arbeit seit jeher selbst Teil einer staatlich-politischen Ordnung des Sozialen, in der es im Wesentlichen um wirtschaftliches Wachstum in einer globalisierten Ökonomie, um die Profitinteressen einiger Weniger, aber nicht um die Bedürfnisse der Menschen geht.

Die Frage übrigens, ob Soziale Arbeit „politisch“ sein soll oder sein kann, beantwortet sich vor diesem Hintergrund von alleine:

Denn Staat, Politik und Soziale Arbeit sind unauflöslich miteinander verbunden sind.

Soziale Arbeit ist eine politikimmanente Form staatlicher Praxis.

Soziale Arbeit ist also politisch. Sie ist immer politisch, ob sie dies will oder nicht;

Soziale Arbeit ist immer politisch; Egal, ob sie dies in Rechnung stellt, oder nicht.

Was Soziale Arbeit zu klären hat ist also nicht, ob Soziale Arbeit politisch ist. Zu klären ist vielmehr das fachwissenschaftliche und das politische Selbstverständnis Sozialer Arbeit.

Noch deutlicher:

Wesentliche Voraussetzung für eine selbstbestimmtere, kritisch-reflexive Soziale Arbeit ist die kontinuierliche Klärung des eigenen Selbstverständnisses:

- Es geht um die Frage: Was ist Soziale Arbeit? – Auch bezogen auf die jeweiligen Arbeitsfelder
- Es geht um die Frage: Was sind Aufgaben und Funktionen Sozialer Arbeit?
- Es geht um die Frage: Worauf wollen wir uns in Wissenschaft, Lehre und Praxis beziehen?

Werden diese Fragen **nicht** geklärt oder kann oder will Soziale Arbeit diesen wissenschaftlichen und (fach-)politischen Anforderungen **nicht** genügen...

... dann wird **das** geschehen, was schon immer geschehen ist: Deutungs- und Entscheidungsmächtige Akteure aus Politik, Verwaltung und Wirtschaft werden das vorhandene Vakuum für **ihre** strategischen, politischen, ideologischen Zwecke und Interessen nutzen. Das heißt:

- Solche deutungsmächtigen Akteure werden **ihre** Definitionen von „Normalität“, von „Abweichung“, von „sozialen Problemen“, von „Problemgruppen“ oder von „Kindeswohlgefährdung“ durchsetzen und Soziale Arbeit auf diese Definitionen verpflichten.
- Solche Deutungsmächtigen Akteure werden **ihre** Vorstellungen von Sozialer Arbeit samt ihrer Aufgaben und Funktionen benennen und durchsetzen.
- Und letztlich wird Soziale Arbeit den so produzierten politisch-bürokratischen Logiken und daraus resultierenden Handlungsaufforderungen folgen, weil sie keine Argumente hat, dies nicht zu tun.

Gerade in Anbetracht der skizzierten Entwicklungen, muss im Mittelpunkt unseres Handelns das Bestreben um eine fachlich fundierte, selbstbestimmte und politische Soziale Arbeit stehen, und somit das Bemühen um die Entwicklung eines eigenen theoretisch fundierten Selbstverständnisses.

Gemeint ist ein fachlich fundiertes und wissenschaftlich aufgeklärtes Selbstverständnis,

- das uns davor bewahren kann, auf jeden vorbeifahrenden Zug aufzuspringen, oder konkreter:
- das und davor bewahren kann, unreflektiert und gehorsam all das zu glauben, was man uns erzählt oder all das zu tun, was von uns erwartet wird.

Zu plädieren ist darüber hinaus – so haben es Cora Herrmann und Sabine Stövesand formuliert - für ein kritisches Denken und Handeln im Sinne einer „reflektierten Unfügsamkeit“, die auf ein begründetes und aktives Nicht-Einverstanden-Sein mit den dominanten Macht-, Herrschafts- und Regierungslogiken abzielt.

Wir reden hier über Bedingungen und Möglichkeiten selbstbestimmter, politischer Sozialer Arbeit. Es handelt sich hierbei um Themen mit denen sich Sozialarbeiterinnen und Sozialpädagogen bereits vor über 40 Jahren auseinandergesetzt haben.

Und viele der damaligen Standpunkte, sollten für die heutige Soziale Arbeit immer noch von Bedeutung sein, wie jener des AKS Berlin aus dem Jahr 1974:

„Es kann in bestimmten historischen Phasen notwendig sein und zur Strategie gehören, scheinbar das mitzumachen, was von einem verlangt wird. Jedoch (...) ist es auch eine Frage der Zeit, wie lange sich dieser Zustand als Strategie aufrecht erhalten lässt und wann er eine rationalisierende Funktion annimmt, d.h. nur noch eine verbale Distanzierung von dem täglich Praktizierten übrig bleibt, um sich dann vollständig anzupassen.“

„Aufgabe kritischer Sozialarbeiter wäre es, die Gründe des Elends der Klienten nicht in der moralischen Empörung zu belassen, sondern die Widersprüchlichkeiten, die im kapitalistischen System notwendig angelegt sind, hervorzuheben. (...)

... Eine Realisierung revolutionärer Veränderungen gesellschaftlicher Verhältnisse ist im Moment nicht greifbar. Das kann nicht zur Konsequenz haben, gar nichts zu tun und darauf zu warten, dass der Kapitalismus sich selbst liquidiert. Es kann auch nicht heißen, politische Aktivitäten auf das vorgegebene und erlaubte Maß zu reduzieren und weiterreichende politische Forderungen zu vergessen.“

Dass es einiger Anstrengungen bedarf, damit Soziale Arbeit sich in öffentlichen/kommunalen, medialen oder auch politischen Diskursen Gehör verschafft, liegt auch daran, dass sie in diesen bisher kaum vernehmbar war.

Niemand rechnet mit ihr (es sei denn vereinzelt und kaum hörbar, wenn es um Interessen oder Belange der eigenen Institution oder Position geht).

Statt Solidarität untereinander dominiert in den sozialarbeiterischen und sozialpädagogischen Praxen – wie in anderen gesellschaftlichen Bereichen auch – Konkurrenzdenken.

Diese Relation umzukehren scheint mir ebenfalls grundlegend für eine kritische und selbstbestimmt-politische Soziale Arbeit.

Mein Standpunkt in diesem Zusammenhang lautet:

- Grundsätzlich, aber doch insbesondere in diesen Zeiten eines „von allen Beißhemmungen befreiten neoliberalen Kapitalismus“

- in diesen Zeiten, in denen eine „Erosion des Sozialen“ sowie zunehmende „gesellschaftliche Spaltungs- und Ausschließungsprozesse“ festgestellt werden,
- in Zeiten also, in denen unsichere Lebens- und Arbeitsbedingungen sowie Armut und soziale Ungleichheit zunehmen,
- in Zeiten, in denen zunehmend vielen Menschen die Teilhabe an materiellen Ressourcen, am Arbeitsmarkt sowie der Zugang zu Institutionen der Bildung, Kultur, Gesundheit, Soziales verwehrt werden ...

... bedarf es einer selbstbestimmten, und das heißt: wissenschaftlich-theoretisch und konzeptionell fundierten Sozialen Arbeit.

Es bedarf Sozialarbeiterinnen und Sozialpädagogen, die selbstbewusst agieren, die unter Bezugnahme auf ein fachliches sozialpädagogisches Selbstverständnis handeln, reflektieren, kritisieren und gegebenenfalls widersprechen und widerstehen.

Zum Schluss:

Angesichts sich verschärfender sozialer Ungleichheits- und Ausschließungsverhältnisse ist es m. E. dringend geboten, dass Ausbildung und Wissenschaft Sozialer Arbeit aus den Beschränkungen des akademischen Betriebs (wieder) heraustreten, und sich auf der Grundlage gemeinsamer Interessenlagen mit außerakademischen gesellschaftlichen Kräften verbinden; vereint im Kampf

- gegen soziale Ungleichheit,

- gegen die Funktionalisierung der Menschen für die Belange des Marktes (Meueler),
- gegen die Deutungshoheit interessengeleiteter kollektiver Akteure aus Politik, Bürokratie und Wirtschaft.

An uns als Bürger und Bürgerinnen gerichtet ende ich mit einem bemerkenswerten Zitat von Robert McChesney, der sich ausdrücklich auf Noam Chomsky bezieht.

Angesichts der technologischen Möglichkeiten zur Verbesserung der Lage der Menschheit muss die Behauptung, es gebe keine überzeugende Alternative zum Status quo, besonders befremdlich erscheinen. Zwar lässt sich nicht sagen, wie eine lebensfähige, freie, humane postkapitalistische Ordnung errichtet werden kann, hat doch schon die bloße Vorstellung einer solchen Gesellschaft etwas Utopisches. – Aber jeder Fortschritt in der Geschichte, von der Abschaffung der Sklaverei und der Errichtung der Demokratie bis zur offiziellen Beendigung der Kolonialherrschaft, wurde irgendwann einmal für unmöglich gehalten.

Noam Chomsky erinnert daran, dass viele demokratische Rechte und Freiheiten durch organisierte politische Aktivität erkämpft worden sind. Selbst wenn eine postkapitalistische Gesellschaft unerreichbar scheint, wissen wir, dass politisches Handeln die Welt, in der wir leben, humaner gestalten kann. Warum also sollte unmöglich sein, eine Gesellschaft anzustreben, deren politische Ökonomie auf Kooperation, Gleichheit, individueller Freiheit und Solidarität beruht?

Vieles hängt davon ab, wie wir, die vielen reagieren, uns organisieren, handeln. Wenn man, mit Chomsky zu sprechen, die Veränderung zum Besseren für unmöglich hält, wird es sie auch nicht geben. Wir haben die Wahl.